

meinung

Die Angst vor Heuschrecken und der Globalisierung

Warum die Fälle Böhler-Uddeholm und Bawag unterschiedlich liegen.
Und welche Interessen Österreich auch heute noch beachten sollte.

Hannes
Androsch



Ex-Finanzminister
und Ex-Vizekanzler,
Industrieller

„Im Interesse heimischer Standorte und Arbeitsplätze sind Konzernzentralen in Österreich von größter Wichtigkeit.“

Der Verkauf von Böhler-Uddeholm und zuvor jener der Bawag hat in Österreich die Angst vor den „Heuschrecken“ aufleben lassen, eine einst biblische Plage, deren Angstversion in das Zeitalter der Globalisierung katapultiert worden ist. Diese aber ist keine Einbahnstraße in den Abgrund, wie viele befürchten. Sie kommt vielmehr einem Paradigmenwechsel gleich, der insbesondere in den geänderten Wettbewerbsbedingungen deutlich wird. Das gilt nicht nur für Unternehmen, sondern auch für einzelne Volkswirtschaften.

Die Globalisierung ist mit Sicherheit dann kein Gottseibeius, wenn man sich rechtzeitig auf die geänderten Bedingungen einstellt und die damit verbundenen Chancen bestmöglich nutzt. Konkret bedeutet dies für die einzelnen Volkswirtschaften vor allem Optimierung der Standortbedingungen durch Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur und Investitionen in Bildung und Forschung, aber auch die bestmögliche Sicherstellung einer unternehmerischen Basis. Nicht von ungefähr kann man sich bekanntlich weltweit nicht beliebig einkaufen: nicht in eine US-Erdölfirma oder in amerikanische Häfen, nicht in für die heimische Wirtschaft als strategisch wichtig angesehene Unternehmen in China, in Indien, in Japan oder in Russland. Auch Gasprom werden in Europa die favorisierten Beteiligungen verweigert.

Damit soll für Österreich nicht etwa einer neuen Verstaatlichungspolitik oder einer protektionistisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik das Wort geredet werden, sehr wohl aber dem Verständnis für unternehmerische Nachhaltigkeit, vor allem in Hinblick auf die Sicherung der heimischen Standorte und damit der heimischen Arbeitsplätze. Gerade dafür sind Konzernzentralen in Österreich von größter Wichtigkeit. Heute haben Unternehmen in immer größerem Ausmaß nur dann Bestand, wenn sie zu den Playern am Weltmarkt zählen, was in Österreich bei vielen auch mittleren und kleinen Unternehmen bereits der Fall ist, auch wenn diese einer breiten Öffentlichkeit oft wenig bekannt sind.

Die Frage nach der neuen Eigentümerschaft eines Unternehmens soll sich daher nicht an der Frage „Fonds ja oder nein?“ entzünden, sondern vielmehr daran, welche Konsequenzen damit für ein Unternehmen verbunden sind. Im Fall von Böhler-Uddeholm bestanden Eigentümerinteressen, Kasse zu machen. Dies war auch Ziel eines neuen „Heuschrecken-Eigentümer-Interessenten“. Beides ist durchaus legitim. Ein Nutzen für das Unternehmen und dessen nachhaltige Entwicklung wäre damit allerdings nicht verbunden gewesen. Böhler-Uddeholm verfügt selbst über genügend Geld, benötigt wird vielmehr ein verlässlicher Eigentümer. Bei der Bawag hingegen war der frühere Kerneigentümer gezwungen, diese zu verkaufen, wobei es keinen ernsthaften österreichischen Interessenten gab, der bereit gewesen wäre, der Bawag 600 Millionen Euro an neuem Eigenkapital zuzuführen. Von den drei verbliebenen ausländischen Bietern hätte der Verkauf der Bawag in einem Fall eine Filialisierung und im anderen Fall eine Zerschlagung des Instituts zur Folge gehabt, sodass mit Abstand als bester Bieter das Konsortium Cerberus übrig blieb, das immerhin eine signifikante österreichische Beteiligung aufweist.

Selbstverständlich müssen uns in Österreich auch ausländische Investoren willkommen sein und können „Heuschrecken“, also Fonds, auch eine wichtige Rolle spielen. Allerdings nicht unter allen Umständen. Wohin es führen kann, wenn der Zielsetzung der Nachhaltigkeit keine Priorität eingeräumt wird, zeigen der Untergang der CA bzw. der Bank Austria, von den fatalen Auswirkungen für die ehemaligen Aktionäre ganz zu schweigen, oder die mutwillige Verschleuderung der Tabakwerke, deren jetzige Weiterveräußerung mit Riesengewinn nach nur kurzer Zeit ebenso zu denken geben muss wie die Quasi-Verschenkung auch anderer Staatsunternehmen. Allein die Verbund-Aktie hat seit der Privatisierung eine gut zehnfache Wertsteigerung erfahren. Es ergibt wenig Sinn, die Globalisierung vor allem im Bereich der Finanzmärkte zu bekämpfen. Vielmehr ist es notwendig, diese ohne Aufgabe der eigenen Interessen zu nutzen. Diesbezüglich ist in Österreich allerdings einiges schiefgelaufen. Dies gilt es künftig zu vermeiden.